



change | reader

Frauen bewegen

Familie

change | reader

Frauen bewegen

Familie

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Reihe *change* | reader

Band Frauen bewegen – Familie

E-Book zum Magazin *change* Ausgabe 3/2011

© 2011 *E-Book-Ausgabe*

Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: *Christiane Raffel*

Umschlaggestaltung: *Bertelsmann Stiftung*

Umschlagabbildung: *Imagesource*

ISBN 978-3-86793-405-3 (PDF)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

www.bertelsmann-stiftung.de/ebooks

www.change-magazin.de

Inhalt

Vorwort

Es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen (Leseprobe)

Nach dem Gedöns. Familie und Familienpolitik – eine kurze Zwischenbilanz

Familie. Bildung. Vielfalt. (Leseprobe)

Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demographische Wandel und die neue Familienpolitik

Familie gewinnt (Leseprobe)

Keine Zeit für Liebe, keine Zeit für Kinder?

Demographie konkret – Kommunale Familienpolitik neu denken (Leseprobe)

Familie vor Ort – Potenziale, Herausforderungen, Zukunft

Familienpolitik im 21. Jahrhundert (Leseprobe)

Vorwort

Einleitung

Brüche zwischen gesellschaftlichem Wandel und Familienpolitik

Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich (Leseprobe)

Zentrale Ergebnisse: Deutschland im Übergang

Erwerbstätigkeit und Fertilität im internationalen Vergleich

Wirkungszusammenhänge

Vorwort

Erfüllte Partnerschaft, anspruchsvoller Beruf, fröhliche Kinder – diese Kombination streben viele junge Frauen heute als Ideal an. Doch wie lassen sich Berufs- und Familienleben miteinander verbinden? Wo stoßen Frauen auf Widerstände? Und was muss geschehen, damit es mehr Paaren gelingt, Kinder und Karriere in Einklang zu bringen?

Der E-Book-Reader „Frauen bewegen – Familie“ ergänzt die Schwerpunktausgabe „Frauen bewegen“ unseres Magazins *change* im September 2011. In den Beiträgen dieses Readers geht es unter anderem um Familienpolitik im 21. Jahrhundert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich sowie um Familie als Erfolgsfaktor für Gesellschaft und Arbeitswelt. Bei den Beiträgen handelt es sich um Auszüge aus Büchern des Verlags Bertelsmann Stiftung. Weitere Informationen zu unseren Verlagsprodukten finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de/verlag.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Karin Schlautmann

Leiterin Kommunikation

der Bertelsmann Stiftung

Es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen (Leseprobe)

Auszug aus:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen

Familie – Erfolgsfaktor für Gesellschaft und Arbeitswelt

Gütersloh 2008

ISBN 978-3-89204-979-1

© Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Nach dem Gedöns. Familie und Familienpolitik – eine kurze Zwischenbilanz

Paul Nolte

Kann man sich noch an eine Zeit erinnern, in der Familie und Familienpolitik nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen? Erst war Familie etwas Selbstverständliches, »Kinder kriegen die Leute immer«, und die Familienministerin die unbedeutende Alibifrau im Kabinett. Dann schien sich für Familie überhaupt niemand mehr so richtig zu interessieren, eine Lebensform als Auslaufmodell und verdunstendes Politikfeld. Der gesellschaftliche und politische Klimawechsel der letzten Jahre markiert eine Zäsur allerersten Ranges. Familie ist »in«, die Familienpolitik zu einer vorrangigen Aufgabe im Urteil der Bevölkerung geworden, wie eine Allensbach-Untersuchung gerade noch einmal bestätigt hat.

Verunsicherte Familie

Damit allerdings, so wird jetzt zunehmend klarer, sind die großen Fragen nicht beantwortet. Die Vorstellung, man müsse Familie »in den Mittelpunkt rücken«, ihr »Priorität geben«, sie »fördern« reicht nicht mehr aus. Vielmehr lässt sich eine Zwischenbilanz unter die Überschrift einer neuen Unübersichtlichkeit, vielleicht gar Verunsicherung stellen. Einerseits hat sich ein Grundkonsens über den Stellenwert der Familie herausgebildet, der unterschied-

liche politische Lager ebenso umgreift wie alle nur denkbaren sozialen Gruppen. Mit dem Ruf nach Familie kriegt man alle an einen Tisch. Andererseits sind fundamentale Differenzen erst auf diese Weise überhaupt sichtbar geworden: bezüglich der staatlichen Familienförderung und ihrer Instrumente oder – immer noch – für das Rollenverständnis von Männern und Frauen.

Einerseits geht es ausweislich vieler Untersuchungen der Familie, trotz oder auch gerade wegen der demographischen Veränderungen, so gut wie nie zuvor. Die große Mehrheit der Kinder wächst in beispielloser Sicherheit und großem Wohlstand auf. An die Stelle des Hasses auf die Eltern ist die Langfristbuchung im Hotel Mama getreten. Großeltern sind partnerschaftliche Stützen ihrer Kinder und Enkel. Andererseits scheint sich die Dramatik eines Familiennotstands immer weiter zuzuspitzen, und gerade in den letzten Tagen und Wochen war davon wieder viel die Rede. Eine Kehrtwende bei der Geburtenrate ist offenbar nicht geschafft, im Gegenteil. Dafür erreicht die Kinderarmut ein erschreckendes Ausmaß. Und der Pflegenotstand lenkt den Blick auf die gewaltigen Probleme der Familie im Alterungsprozess.

Man kann sich nicht einmal wirklich sicher sein, ob der Höhepunkt der Aufmerksamkeit nun erreicht, vielleicht sogar in absehbarer Zeit überschritten ist, oder ob es sich, angesichts der realen Herausforderungen, im Grunde immer noch um ein vernachlässigtes Thema handelt. Die Familienpolitik, das Familienministerium ist zu einem neuen Querschnittsressort aufgestiegen, in dem sich Aufgaben der Bildungspolitik und der Sozialpolitik, des Arbeitsmarktes und der Gleichstellung, der kulturellen Integration und eines zukünftigen Städtebaus bündeln. Das kann eine große Chance sein, aber leicht auch zu Überforderung und Enttäuschung führen. Wenn alles Familie ist, was ist dann das Spezifische und der Kern dieser sozialen Konstellation und ihrer politischen Bearbeitung? So lautet die eine Frage, die sich daraus ableiten lässt. Und was ist überhaupt die Aufgabe des Staates; wie weit dringt

Familienpolitik als öffentliche Intervention in den privaten Raum ein? Das ist eine zweite Grundfrage, die sich im Moment wie ein roter Faden durch viele Kontroversen zieht.

Der Kern der Familie

Ist alles Familie? In letzter Zeit ist eine Formel populär geworden, die lautet: »Jeder hat Familie!« Was damit gemeint ist, und worauf das zielt, ist klar: Die an den Lebensrealitäten immer mehr scheiternde Vorstellung von der Normal- und Idealfamilie aus verheiratetem Paar und mindestens einem Kind (besser zweien) kann nicht mehr als Maßstab von Familienpolitik dienen. Die Verschiebung privater Lebensmodelle vom grundsätzlichen Verzicht auf die Ehe bis zum Scheitern vieler Beziehungen weist ebenso in diese Richtung wie die neuen »Patchworkkonstellationen« mit Zweitfamilien, mit sozialer statt biologischer Eltern- und Geschwisterschaft. Die demographische Entwicklung tut ein Übriges, weil die Ausdünnung der »horizontalen« Familie die Bedeutung der »vertikalen« und der erweiterten Familie stärkt. Hat man keine eigenen Kinder, dann vielleicht Nichten und Neffen. Hat man keine Geschwister, so doch in jedem Fall Eltern. Es ist noch nicht lange her, da war der Satz »Familie ist überall da, wo Kinder sind« Avantgarde. Jetzt finden ihn manche zu eng, denn haben Kinderlose nicht auch Familie, wenigstens die ihrer Abstammung, oder auch nur in der Form einer erweiterten sozialen Verantwortung im Freundeskreis? Auch will man die Kinderlosen ja nicht diskriminieren, indem man sie schon begrifflich vom Zugang zu Familie ausschließt.

Vieles daran ist plausibel – und doch spricht inzwischen einiges dafür, den Familienbegriff nicht übermäßig zu inflationieren. Was ist so schlimm daran festzustellen, dass manche in Familien leben und andere eben nicht? Was hat die Lebensrealität (und das Haus-

haltsbudget!) eines 30-Jährigen, der gelegentlich seine Mutter sieht oder mit seinem Neffen in den Zoo geht, mit dem Alltag von Eltern zu tun? Und steht die Sorge um den pflegebedürftigen Vater nicht doch in hunderterlei Hinsicht auf einem anderen Blatt als die Erziehung von Kindern? Es geht nicht darum, harte Grenzen zu markieren, wo die Wirklichkeit osmotischer wird. Aber man muss die Familie auch nicht aus politischer Korrektheit unnötig aufblähen. Die Kernfamilie von Eltern und Kindern bleibt genau das: der Kern von Familie, und Familienpolitik sollte die Interessen von jungen Eltern und ihren noch nicht erwachsenen Kindern in ihren Mittelpunkt stellen.

Familie und Staat

Doch was ist, was darf Familienpolitik, und wie operiert sie? So lautet die zweite Frage. Früher gab es Kindergärten, Kindergeld und den »Wuermeling« für die Bundesbahn. Heute ist das Feld viel weiter, neue Instrumente staatlichen Handelns kommen dazu oder sind in der Debatte. Dabei schält sich dennoch ein gemeinsamer Grundzug heraus. Die Grenze zwischen dem privaten Intimraum Familie und der Öffentlichkeit ist poröser geworden. Die Familie ist Gegenstand staatlicher Beobachtung, »Erziehst du richtig?«, und staatliche Leistungen treten teilweise an die Stelle dessen, was früher in der Familie geleistet wurde: die Vermittlung von Bildung, von Alltagskompetenzen, gar die Ernährung. Niemand kann sich mehr zurückziehen und sagen, das sei aber alles Privatsache. Freilich ist das nicht neu. Wir haben uns nur eine Zeitlang angewöhnt, den »besonderen Schutz des Staates«, unter dem Ehe und Familie laut Grundgesetz stehen, rein privatistisch zu verstehen, als Abschottung des Intimraums.

Dennoch sind die Probleme, die Viele mit dieser Grenzverflüssigung haben, gut verständlich. Ein ganzes Stück weit werden wir

uns auf die neue »Öffentlichkeit«, böse gesagt auf die »Verstaatlichung«, von Familie einzustellen haben. Zu einem guten Teil ist das nur die Folge unseres eigenen Versagens. Das gilt nicht nur für die Kindererziehung, sondern auch für die Pflege im Alter. Wer keine Kinder hat, muss sich möglicherweise in staatliche Obhut begeben.

Leben in Verantwortung

Ein Maßstab könnte hilfreich sein. Staatliche Förderung, staatliche Infrastrukturen werden gebraucht, aber sie sind kein Selbstzweck. Das Ziel von Ganztagsbetreuung ist nicht die Ersetzung der Familie durch den Staat, sondern ihre Stützung und Stärkung – oder ihre Ermöglichung, wenn Frauen und Männer so ihren Kinderwunsch realisieren können. Das Ziel ist nicht in ein Leben in Abhängigkeit, sondern in Freiheit und Verantwortung. Die Familie darf sich dem Staat nicht ausliefern. Das setzt die Grenze in die eine Richtung. Aber daraus folgt genauso, dass die Erziehung zu Hause dem Staat keine besondere Prämie wert sein muss.

Familie. Bildung. Vielfalt. (Leseprobe)

Auszug aus:

Bertelsmann Stiftung, Bundespräsidialamt (Hrsg.)

Familie. Bildung. Vielfalt.

Den demographischen Wandel gestalten

Gütersloh 2009

ISBN 978-3-86793-043-7

© Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demographische Wandel und die neue Familienpolitik

Hans Bertram

Seit 30 Jahren werden in den meisten hoch entwickelten Industriegesellschaften deutlich zurückgehende Geburtenraten beobachtet. Parallel dazu werden seit Langem in Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik die Konsequenzen des demographischen Wandels für die Gesellschaft diskutiert. In der Rentenpolitik oder der Arbeitsmarktpolitik wurden auch Strategien entwickelt, um auf diesen Wandel zu reagieren, etwa bei der Veränderung der Lebensarbeitszeit oder der Berechnung der Ansprüche aus der Rentenversicherung. In der Arbeitsmarktpolitik wurde lange darauf gesetzt, durch die stärkere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben angemessen auf diese Veränderungen reagieren zu können. Familienpolitik hat in diesem Kontext nur selten eine Rolle gespielt, obwohl ein erfolgreicher Umgang mit den Konsequenzen des demographischen Wandels sowohl in der Rentenpolitik wie in der Arbeitsmarktpolitik überhaupt nur möglich ist, wenn die Leistungen der Familie für die Gesellschaft, nämlich die Fürsorge für andere, die Sozialisation der Kinder und die ökonomischen Leistungen der Familie für ihre Mitglieder, auch unter den veränderten demographischen Bedingungen erbracht werden können. Hier werden die wichtigsten demographischen Veränderungen in ihrer Bedeutung für die Familienentwicklung dargestellt und die daraus abzuleitenden politischen Konsequenzen skizziert.

Geburtenentwicklung und Alterung: Zwei demographische Prozesse

Der Rückgang der Geburtenraten wurde nicht nur durch die demographische Forschung dokumentiert und diskutiert, sondern auch in einer Fülle von Planungsdokumenten vieler Ministerien und Unternehmen; zudem gab es in vielen europäischen Ländern immer wieder Versuche, diese Entwicklung durch politische Maßnahmen zu beeinflussen. Die Einführung des »Elternurlaubs« Mitte der 80er Jahre war mit der Hoffnung verbunden, eine solche Maßnahme könne dazu beitragen, vorhandene Kinderwünsche zu realisieren.

Die Diskussionen der 80er Jahre waren sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie in Medien und Politik vor allem fachspezifisch ausgerichtet und bezogen sich nur auf wenige Politikbereiche. Zentrale und wichtige Theorien, etwa des »Zweiten demographischen Übergangs« (Lesthaeghe 1992), die zunehmenden Individualisierungsprozesse bei Entscheidungen für Kinder (Birg 2001), aber auch die Frage nach den Konsequenzen der veränderten Stellung der Frau und Mutter in der modernen Gesellschaft (Bianchi, Robinson und Milkie 2006), die noch heute eine hohe wissenschaftliche Bedeutung haben, wurden allenfalls innerhalb von Demographie und Familienforschung diskutiert, ohne darüber hinaus andere wissenschaftliche Fachdisziplinen oder die politische Öffentlichkeit zu erreichen. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Bücher über die »demographische Zeitwende« (Birg 2001) oder über die »leere Wiege« (Longman 2004) erreichen ein breites Publikum ebenso wie die Medien und die Politik.

Der Geburtenrückgang und die Alterung der modernen Gesellschaften werden in der öffentlichen Debatte auch deswegen häufig gemeinsam behandelt, weil beide Prozesse auf den ersten Blick parallel verlaufen sind. 1957 lebten bei der Einführung der dynamischen Alterssicherung in Westdeutschland 17 Prozent 60-Jäh-

rige und Ältere; ab etwa 1972 gingen die Geburtenraten in Westdeutschland bei gleichzeitig deutlichem Anstieg der Lebenserwartungen drastisch zurück. Lag die Geburtenrate (TFR) um 1960 noch bei 2,36 Kindern pro Frau, war sie 1980 auf 1,56 und 1998 auf nur noch 1,36 Kinder pro Frau gesunken. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Lebenserwartung der Frauen von 74 auf über 80 Jahre.

Das zeitlich gemeinsame Auftreten dieser beiden Prozesse erweckt beim unbefangenen Beobachter den Eindruck, beide Prozesse seien kausal miteinander verknüpft, obwohl die historische Demographie (Livi-Bacci 1979; Laslett 1977; Mitterauer und Sieder 1991; Imhof 1981) schon Anfang der 80er Jahre nachgewiesen hat, dass die Alterungsprozesse in den modernen Gesellschaften zunächst auf die deutliche Verringerung der Säuglingssterblichkeit und zum zweiten auf die zunehmende Lebenserwartung zurückzuführen sind. Das ist nicht allein der gesünderen Lebensführung der Gesellschaft oder dem medizinischen Fortschritt zuzurechnen, sondern auch der Tatsache geschuldet, dass in langen Friedenszeiten die Sterbewahrscheinlichkeit der Männer deutlich zurückgeht. Das gilt besonders für Länder wie Deutschland oder Finnland, die im Zweiten Weltkrieg besonders hohe Verluste erlitten haben (Eurostat 2004). All diese Faktoren haben mit den konkreten Fertilitätsraten der einzelnen Generationen wenig zu tun.

Allerdings haben manche Betrachtungsweisen in den demographischen Arbeiten selbst dazu beigetragen, hier immer wieder einen engen kausalen Zusammenhang herzustellen. Viele demographische Analysen (BMFJ 1968; Birg 2001) haben immer wieder betont, zur Bestandssicherung einer Bevölkerung seien 2,1 Kinder pro Frau erforderlich, und wenn diese Zahl nicht erreicht werde, sei eine Überalterung der Gesellschaft nicht abzuwenden. Diese Argumentation ist aber nur dann richtig, wenn es einerseits keinerlei Migrationsprozesse gibt und andererseits der Altersaufbau der Bevölkerung grundsätzlich stabil bleibt. Beide Annahmen sind

aber nicht realistisch, weil Europa immer ein wandernder Kontinent war (Braudel 1986) und der Altersaufbau von Bevölkerungen durch viele Faktoren beeinflusst wird, wie wirtschaftliche Entwicklung, politische Ereignisse, die Länge von Friedensphasen und seit dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich durch die gesündere Lebensführung sowie den medizinischen Fortschritt.

Der zweite demographische Übergang: Familienpolitik als Gleichstellungspolitik

Der Geburtenrückgang Anfang der 70er Jahre wird als zweiter demographischer Übergang bezeichnet, weil es schon Ende des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts einen deutlichen Rückgang der damals noch höheren Geburtenraten gegeben hat. Da nach dem Zweiten Weltkrieg aber in den meisten europäischen Ländern, den USA, Australien, Kanada und Neuseeland ein deutlicher Geburtenanstieg zu verzeichnen war, der dann wiederum von einem entsprechenden Geburtenrückgang abgelöst wurde, wird dieser zweite Geburtenrückgang von dem ersten unterschieden, weil sie zeitlich auseinanderliegen und die Erklärungen unterschiedlich sind.

Wird der erste Geburtenrückgang mit der zunehmenden Verstädterung und der damit einhergehenden Landflucht insbesondere der jüngeren Bevölkerung, den Kriegen, dem deutlichen Anstieg der Industriearbeitsplätze, die im Wesentlichen männlich dominiert waren, und nicht zuletzt mit den vielen wirtschaftlichen Einbrüchen jener Zeit erklärt (Tyler-May 1993), so wird der zweite demographische Übergang als Ergebnis der tief greifenden kulturellen Umbrüche und Veränderungen im Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft interpretiert (Lesthaeghe 1992). Die zunehmende Integration von Frauen und Müttern in das Erwerbsleben und die damit einhergehende ökonomische

Tabelle 1: Periodenfertilität in 21 OECD-Ländern, 1960, 1980, 1998 und Veränderungen zwischen den Messzeitpunkten

| | 1960 | 1980 | 1998 | 1960 bis 1980 | 1980 bis 1998 |
|-----------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Australien | 3,48 | 1,89 | 1,76 | -1,59 | -0,13 |
| Kanada | 3,90 | 1,73 | 1,62 | -2,17 | -0,11 |
| Irland | 3,73 | 3,24 | 1,93 | -0,49 | -1,31 |
| Neuseeland | 4,24 | 2,01 | 1,92 | -2,23 | -0,09 |
| Großbritannien | 2,69 | 1,90 | 1,71 | -0,79 | -0,19 |
| USA | 3,65 | 1,85 | 2,07 | -1,80 | 0,22 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>3,61</i> | <i>2,10</i> | <i>1,83</i> | <i>-1,51</i> | <i>-0,28</i> |
| Dänemark | 2,54 | 1,55 | 1,72 | -0,99 | 0,17 |
| Finnland | 2,71 | 1,63 | 1,70 | -1,08 | 0,07 |
| Norwegen | 2,90 | 1,72 | 1,81 | -1,18 | 0,09 |
| Schweden | 2,13 | 1,68 | 1,50 | -0,45 | -0,18 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,57</i> | <i>1,65</i> | <i>1,69</i> | <i>-0,92</i> | <i>0,04</i> |
| Österreich | 2,69 | 1,65 | 1,34 | -1,04 | -0,31 |
| Belgien | 2,58 | 1,68 | 1,59 | -0,90 | -0,09 |
| Frankreich | 2,73 | 1,95 | 1,76 | -0,78 | -0,19 |
| Deutschland | 2,36 | 1,56 | 1,36 | -0,80 | -0,20 |
| Italien | 2,41 | 1,64 | 1,20 | -0,77 | -0,44 |
| Niederlande | 3,12 | 1,60 | 1,63 | -1,52 | 0,03 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,65</i> | <i>1,68</i> | <i>1,48</i> | <i>-0,97</i> | <i>-0,20</i> |
| Griechenland | 2,28 | 2,22 | 1,29 | -0,06 | -0,93 |
| Portugal | 3,01 | 2,25 | 1,46 | -0,76 | -0,79 |
| Spanien | 2,86 | 2,20 | 1,16 | -0,66 | -1,04 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,72</i> | <i>2,22</i> | <i>1,30</i> | <i>-0,50</i> | <i>-0,92</i> |
| Schweiz | 2,44 | 1,55 | 1,47 | -0,89 | -0,08 |
| Japan | 2,00 | 1,75 | 1,38 | -0,25 | -0,37 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,88</i> | <i>1,87</i> | <i>1,59</i> | <i>-1,01</i> | <i>-0,28</i> |

Quelle: Castles 2002: 24, Table 1, eigene Darstellung in deutscher Sprache

Emanzipation der Frauen, die zunehmend bessere Bildung, die im Lebenslauf mehr Optionen auf Teilhabe an unterschiedlichen Lebensbereichen eröffnet, sind Faktoren, die sich als Erklärungsmuster in den meisten Theorieansätzen finden.

Beim Vergleich der Fertilitätsentwicklung in den OECD-Ländern zwischen 1960 und 1980 waren die größten Rückgänge in den angelsächsischen Ländern mit Ausnahme Irlands zu beobachten, während die nordeuropäischen und die mitteleuropäischen Länder geringere Rückgänge hatten und die südeuropäischen Länder Griechenland, Portugal und Spanien die geringsten Verluste aufwiesen (D'Addio und Mira d'Ercole 2005).

Für die Annahme, die Geburtenrückgänge in dieser Zeit seien eher auf generelle Faktoren, die für alle OECD-Länder zuträfen, zurückzuführen, spricht die Tatsache, dass völlig unabhängig von der politischen Verfasstheit des jeweiligen Landes und der jeweiligen politischen Orientierung in diesen Ländern die Fertilität in diesem Zeitraum relativ gleichförmig zurückging. Dänemark als ein eher traditionell sozialdemokratisches Land erlebte einen Rückgang von 2,54 Geburten im Jahr 1960 auf 1,7 Geburten 1980 und verzeichnete damit einen etwas größeren Geburtenrückgang als Deutschland, das im gleichen Zeitraum einen Rückgang um 0,8 Kinder pro Frau erlebte. Aber die Differenzen zwischen diesen beiden Ländern sind ähnlich gering wie die Differenzen zu Frankreich, das in dieser Zeit einen Geburtenrückgang von nur 0,78 Kindern pro Frau erlebte. Die unterschiedlichen Geburtenraten dieser Länder im Jahr 1980 erklären sich nicht aus den unterschiedlichen Rückgängen, sondern aus den unterschiedlichen Geburtenraten 1960. Da 1960 Frankreich etwa 2,73 Kinder pro Frau als Geburtenrate aufwies, ergibt sich bei gleichem Rückgang wie in Deutschland bis 1980 notwendigerweise eine höhere französische Geburtenrate als in Deutschland. Dasselbe gilt für die USA, wo der Geburtenrückgang in dieser Zeit fast doppelt so hoch war wie in Deutschland, nämlich 1,85 Kinder pro Frau; da aber 1960 die

USA 3,65 Kinder pro Frau hatten, lag die Geburtenrate 1980 immer noch bei 1,85 Kindern pro Frau.

Andere Länder, etwa Japan und Schweden, die 1960 sowohl in ihren familiären Lebensformen wie auch in ihren politischen Strategien hinsichtlich Familie, Kindern und Beruf sehr gegensätzlich orientiert waren, erlebten ähnliche vergleichsweise geringe Geburtenrückgänge von einem allerdings eher niedrigen Ausgangsniveau. Angesichts dieser Entwicklungen ist daher gut nachzuvollziehen, dass die Frage der politischen Beeinflussbarkeit solcher Prozesse überwiegend skeptisch beurteilt und davon ausgegangen wird, dass individuelle und biographische Entscheidungen im Lebensverlauf für solche Entwicklungen ursächlich sind.

Hakim (2003) erklärt diese relativ unabhängig von den jeweiligen politischen Konzeptionen in den einzelnen Ländern zu beobachtenden Entwicklungen im Wesentlichen damit, dass die Einführung der chemischen Mittel zur Verhütung einer Schwangerschaft zu einem kulturellen Bruch oder sogar zu einer »kulturellen Revolution« bei der Entscheidung für Kinder geführt habe. Traditionellerweise lag die Entscheidung für Kinder und auch für die Zahl der Kinder in den Händen des Paares oder auch allein in der Entscheidungsgewalt des Mannes. Denn viele kulturelle Traditionen formulierten für die Ehefrau die »Pflicht zur Sexualität« mit dem Ehemann mit der Konsequenz, dass die Entscheidung für Kinder entweder allein beim Mann oder aber in einem Aushandlungsprozess zwischen Mann und Frau lag. Auch die früher vorhandenen und auch genutzten Verhütungsmittel setzten immer die aktive Beteiligung des Mannes an der Verhütung voraus. Hakim zeigt, dass durch die Einführung der Antibabypille und deren gesetzliche Freigabe diese Entscheidung nun allein bei der Frau liegt. Dadurch befreiten sich die Frauen davon, sich kulturellen Erwartungen und Traditionen zu unterwerfen, und konnten jetzt subjektiv und aus individueller Perspektive Kinderwünsche und andere Vorstellungen über die Teilhabe an der Gesellschaft selbst entscheiden.